

Interview

Eine ehrliche Diskussion führen

Rechtsanwalt Joachim Voigt-Salus ist Insolvenzverwalter und Gründungspartner der Kanzlei VOIGT SALUS. Er erlebt die Krise in der Seniorenpflege bei seiner Arbeit fast tagtäglich – beispielsweise beim Fall des sächsischen Pflegeheims Muldentaltstift. Im Interview spricht der Experte über Ursachen und mögliche Wege aus der aktuellen Schieflage.

Herr Voigt-Salus, wo liegen für Sie die größten Herausforderungen der Pflegebranche?

Die Branche wird von einer Multikrise erfasst: Die Inflation und die massiv gestiegenen Energiekosten können nicht ohne Weiteres durch Preiserhöhungen aufgefangen werden, denn die Einrichtungen vereinbaren ihre Kosten mit den Trägern stets für ein Jahr im Voraus. In der aktuellen Situation laufen sie so Gefahr, in eine defizitäre Lage zu geraten.

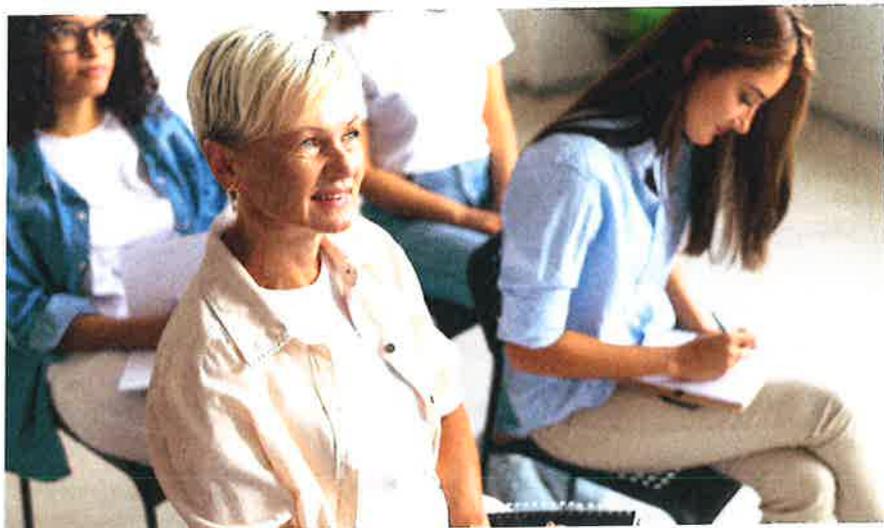
Zudem kumulieren langfristige strukturelle Entwicklungen, die meist durch politische Vorgaben veranlasst sind. Das sind etwa Maßgaben wie die Ein-Zimmer-Politik oder ein hoher Betreuungsschlüssel. Diese sind im Einzelnen zwar sinnvoll und zu begrüßen, für die Einrichtungen bedeuten sie jedoch weitere Kostenfaktoren.

Wie zeigt sich dies in Ihrer Praxis als Insolvenzverwalter?

Durch unsere Spezialisierung im Bereich der Sozialwirtschaft haben wir als Sozietät in der Branche bereits zahlreiche Fälle betreut. Es lässt sich festhalten, dass die derzeitige Marktsituation extreme Anforderungen an die Betriebe stellt. Selbst kerngesunde Unternehmen haben existenzielle Sorgen. Sind Einrichtungen schwächer aufgestellt oder kommt es zu kleinsten Managementfehlern, kann das sehr schnell die Insolvenz nach sich ziehen.

Welche Maßnahmen können Betreibern in einem Insolvenzverfahren helfen, sich neu aufzustellen?

Innerhalb einer gerichtlichen Sanierung hat eine Pflegeeinrichtung Instrumente zur Hand, die sie sonst nicht einsetzen könnte. Im Rahmen eines Planverfahrens können Verbindlichkeiten durch einen Kapitalschnitt reduziert werden. Es steht zusätzliche Liquidität durch das Insolvenzgeld zur Verfügung, da hierdurch Löhne und Gehälter der Mitarbeiter für bis zu drei Monate übernommen werden. Auch die Neustrukturierung des Betreibers ist durch die Abspaltung von Bereichen oder die Übertragung an einen Investor möglich. Trotz aller Möglichkeiten braucht es jedoch immer einen Kern, der leistungswirtschaftlich funktioniert oder der zumindest wieder funktionstüchtig aufgestellt werden kann. Können Einnahmen- und Kostenseite hingegen



Hinzu kommt die Herausforderung durch den Pflegenotstand. Schon wegen der demografischen Lage stehen immer weniger Mitarbeiter zur Verfügung. Zu allem Überfluss wandern zahlreiche Mitarbeiter wegen attraktiverer Arbeits- und Entgeltbedingungen zu Personalüberlassern ab. Die Einrichtungen müssen also inzwischen nicht nur zur Abdeckung von akuten Engpässen immer mehr auf Leiharbeit setzen, sondern sogar, um den Regelbetrieb aufrechtzuerhalten. Die dadurch anfallenden Mehrkosten können aber nicht bei den Kassen abgerechnet werden.



JOACHIM VOIGT-SALUS

Rechtsanwalt, Fachanwalt für
Insolvenzrecht, Gründungspartner
Kanzlei VOIGT SALUS

+49 341 231 78-0
leipzig@voigtsalus.de
voigtsalus.de

nicht in Einklang gebracht werden, dann muss eine Einrichtung, so bitter das auch sein kann, geschlossen werden. Essenziell sind dabei die Verhandlungen mit den Kostenträgern. Wenn hier die Einnahmen aufgrund der Struktur des Pflegeheims nicht über das absolut notwendige Maß hinaus steigerbar sind, bedeutet dies das Aus der Einrichtung. Etwa, wenn sie zu klein ist oder gesetzliche Auflagen nur durch massive Zusatzkosten erfüllbar sind.

Wie wird sich die Lage für die Branche mittel- bis langfristig entwickeln?

Das ist angesichts der unübersichtlichen Situation schwer zu sagen. Einerseits ist es politisch gewollt, dass die Kassenbeiträge nicht weiter steigen. Das zwingt die Kassen, in den Verhandlungen zur Kostenübernahme sehr restriktiv zu agieren. Andererseits steigen die Auflagen zum Wohl der Bewohner immer weiter – und damit der zusätzliche Aufwand für die Einrichtungen. Fakt ist: Durch die Alterung der Gesellschaft wird der Bedarf an Pflegeleistungen weiter zunehmen, zugleich dürfte sich der Pflegenotstand aber verschärfen. Ein möglicher Ansatz, um das Dilemma zu lösen, ist mir kürzlich in Bremen begegnet. Hier ist es das Ziel, Menschen möglichst lange durch Formen wie das betreute Wohnen zu unterstützen und erst spät in stationären Einrichtungen unterzubringen. Ob solche Modelle genügen, dürfte zweifelhaft sein.

Wie sollte sich eine Pflegeeinrichtung heute aufstellen, um für die Zukunft gerüstet zu sein?

Wichtig ist es, nur Leistungen anzubieten, die auch rentabel sind. Ein rein altruistisches Verhalten führt ohne ein verlässliches „deficit spending“ zum wirtschaftlichen Tod. Dies klingt banal, ist aber im Wohlfahrtsbereich nicht immer

zwingendes Prinzip. Essenziell ist auch, Personal zu halten und neue, gute Kollegen zu finden. Um einen Vorteil gegenüber Wettbewerbern zu erlangen, müssen sich Betreiber deshalb um die Beschäftigten kümmern und beispielsweise ein besonderes Arbeitsklima schaffen. Zudem können zeitgemäße Raumkonzepte und Technologien wie spezielle Bettkonstruktionen für mehr Effizienz und eine Entlastung der Mitarbeiter sorgen. Dies kann die Menschen trotz niedrigerer Bezahlung vom Bleiben in ihrer Einrichtung überzeugen – statt zu einem Personal-dienstleister zu wechseln.

Dennoch sind dies nur kleine Schritte, die die Gesamtsituation ohne politische und gesellschaftliche Änderungen nicht werden drehen können.



Und was können Politik und Gesellschaft dafür tun, dass sich die Situation nachhaltig ändert?

Wir benötigen eine ehrliche Diskussion darüber, dass entweder die Kosten für die Pflege wegen der Überalterung der Gesellschaft weiter steigen oder die Leistungen entsprechend zurückgefahren werden müssen. Derzeit werden in alle Richtungen Wunder versprochen: Die Kassenbeiträge sollen stabil bleiben oder sogar sinken – zugleich würden aber die Leistungen immer mehr ausgeweitet. Das ist unrealistisch und vertieft die Probleme noch weiter. Stattdessen müssen sich Politik und Gesellschaft fragen: Was ist uns die Pflege wert? Wollen wir sie priorisieren und stärker unterstützen oder sind wir bereit, Abstriche hinzunehmen?